

Politik auf den Punkt gebracht

Ausgabe 2017/5
31.03.2017



Innere Sicherheit
„Blaulicht und Politik
auf Augenhöhe“
Kinderbetreuung
Beschlüsse Koalitionsausschuss
Gute Nachricht
zum Schluss

Hermann Färber
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

heute möchte ich Sie wieder über aktuelle Themen informieren.

Innere Sicherheit

Der Anschlag von London mit vier Toten hat uns, glaube ich, alle sehr bewegt und wirkt nach. Daran sehen wir: unsere Sicherheit ist ein wichtiges Gut, das es ständig neu zu schützen gilt.

Ich bin froh, dass wir in diesem Zusammenhang in einer ersten Lesung Regelungen diskutiert haben, um die **Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer** zu erleichtern, insbesondere für den Fall, dass von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Wenn ausreisepflichtige Ausländer über ihre Identität oder ihre Staatsangehörigkeit falsche Angaben gemacht haben und nicht freiwillig ausreisen, dürfen sie sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten. Außerdem soll eine Abschiebehaft bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann.

Auch bei der **Terrorbekämpfung** kommen wir einen weiteren Schritt voran. Wir haben in der letzten Woche das Fluggastdatengesetz beraten, das die Verwendung von Fluggastdaten zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. Denn eines ist klar: Terroristen und Kriminelle machen nicht vor Grenzen halt. Um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, müssen wir wissen, wer wann per Flugzeug die Grenzen des Schengenraumes überschreitet.

Ebenso sinnvoll ist das **Europolgesetz**, dass wir auf den Weg gebracht haben. Dabei geht es um einen besseren Informationsaustausch, bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität. Unsere Sicherheitsbehörden werden damit bei operativen, strategischen und thematischen Analysen einen weiträumigeren und besseren Zugriff auf Informationen aus der Europol-Datenbank haben. Ziel ist es, unsere Bundespolizei, unseren Zollfahndungsdienst und unsere Länder-Polizeien in die Lage zu versetzen, Informationen mit anderen europäischen Sicherheitsbehörden auszutauschen und dadurch einen schnelleren Zugriff bei der Verfolgung von Straftätern zu ermöglichen.

„Blaulicht und Politik auf Augenhöhe“ Landesinnenminister Thomas Strobl zu Gast in Ebersbach



Bild: Herzliche Begrüßung von Innenminister Strobl zum "Blaulichtempfang" in Ebersbach.

In unserer Gesellschaft sind Einsatzkräfte unverzichtbar. Täglich leisten Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste für uns wichtige Dienste und halten den Kopf für uns hin. Für diesen Einsatz gebührt unseren haupt- und ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräften Dank, Anerkennung und Respekt. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass unser Landesinnenminister Thomas Strobl meiner Einladung gefolgt ist und vor rund 160 Gästen in der Turn- und Festhalle der Marktschule in Ebersbach zu Vertretern von Polizei, Feuerwehr, Deutschem Roten Kreuz, Bergwacht, Johanniter, Technischem Hilfswerk und Maltesern gesprochen hat. Polizei- und Rettungskräfte erfahren immer häufiger tätliche Angriffe auf die eigene Gesundheit. 2015 waren es beispielsweise mehr als 64.000 Polizisten, die Opfer von Straftaten geworden sind – ein Anstieg zum Vorjahr um zwei Prozent. Deshalb freut es mich sehr, dass wir in unserer Politik auf einen Dreiklang gesetzt haben: Für mehr Personal bei der Polizei, eine bessere Ausrüstung, aber auch die Verschärfung des Strafrechts. Am 9. März haben wir mit einem Gesetz den Einsatz von

sogenannten Bodycams für Bundespolizisten eingeführt, mit denen Angriffe auf sie dokumentiert werden sollen. Alle neuen Regelungen gelten nicht nur für Polizisten, sondern auch für die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Rettungs- und Hilfsorganisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes. Bessere Ausstattung, hochwertige Ausrüstung und mehr Personal stellt auch die Landesregierung für die Polizei zu Verfügung. Bodycams oder die neue Maschinenpistole des Typs MP7 sieht der Landesinnenminister in der aktuellen Sicherheitslage als erforderlich an. „Was ist die Freiheit wert, wenn man Angst hat“, fragte Strobl und versicherte direkt mit seiner Antwort, dass wir hier unsere Freiheit unbesorgt leben könnten. Den Feuerwehren überbrachte er die gute Nachricht, dass die gestiegenen Brandschutzsteuereinnahmen weiterhin in vollem Umfang den Feuerwehren zu Gute kommen werden. Und mit der neuen Feuerweherschule gehe man ebenso in Puncto Aus- und Fortbildung neue Wege. Die Förderung des Ehrenamtes sei unerlässlich, sagte der Minister. In Baden-Württemberg engagiert sich fast jeder Zweite ehrenamtlich in seiner Freizeit. Von Seiten der Politik sind wir dafür verantwortlich, dieses Potenzial zu unterstützen. Ich bin in diesem Punkt mit dem Minister einer Meinung: die Einsatz- und Rettungskräfte im Haupt- und Ehrenamt setzen sich Tag für Tag für uns ein – dafür stehen wir stehen hinter ihnen und ihrem Einsatz.

Kinderbetreuung weiter ausbauen

Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu unterstützen sind vor allem gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder notwendig. Deswegen begrüße ich es, dass wir in dieser Woche das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung beraten haben. Es ist das 4. Investitionsprogramm zur Kinderbetreuungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern. Dadurch ist die Finanzierung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen gesichert. Statt wie bisher für Kinder bis zu drei Jahren gelten die Betreuungsplätze dann für Kinder bis zum Schuleintritt. Dazu stocken wir das vom Bund 2007 eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Mrd. Euro auf. Im Jahr 2017 werden Bundesmittel in Höhe von 226 Mio. Euro und in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich je 300 Mio. Euro als Einlage getätigt. Ich halte das für eine sinnvolle Investition in unsere Zukunft!

Beschlüsse des Koalitionsausschusses von Union und SPD

Vergangenen Mittwoch, rund sechs Monate vor der Bundestagswahl, klärten die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Eine Auswahl der Beschlüsse will ich hier ausführen:

- **Wohnungseinbruch**

Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung soll mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Hierzu gibt es keinen minder schweren Fall. In diesen Fällen soll eine Verkehrsdatenabfrage ermöglicht werden.

- **Sozialleistungsbetrug**

Zur Aufdeckung von Sozialleistungsbetrug von Asylbewerbern sollen die Sozialbehörden gesetzlich ermächtigt werden

- o Zugang zu bekommen zum Kerndatensystem,
- o einen Fingerabdruckscan zur Identitätsprüfung einzusetzen.

- Eckpunkte Kindergeld/EU

Der Koalitionsausschuss verständigt sich auf Eckpunkte zur Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen für im EU-Ausland lebende Kinder von Personen, die in Deutschland beschäftigt sind. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt, sobald die erforderlichen Voraussetzungen im EU-Recht geschaffen sind.

Gute Nachricht zum Schluss

Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

So viel für heute. Ich hoffe ich konnte Ihr Interesse wecken. Wie immer möchte ich Sie ermuntern, mir Rückmeldung zu geben oder sich für den weiteren Bezug an- oder abzumelden.

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Beste Grüße

Ihr Hermann Färber



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de